

FES-Studie zur politisch-gesellschaftlichen Teilnahme Jugendlicher **Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse**

Zentrale Fragestellungen

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Deutschen Jugend-Institut (DJI) in Auftrag gegebene Studie zur politisch-gesellschaftlichen Teilhabe Jugendlicher in Deutschland untersucht, in welcher Weise und in welchem Ausmaß sich junge Menschen gesellschaftlich und politisch engagieren, welche Faktoren Engagement fördern und welche Motive Jugendliche haben, sich in besonderer Stärke politisch zu engagieren.

Die 17. Shell-Studie stellte Ende 2015 fest, die deutsche Jugend befände sich in einem Aufbruch, deutlich mehr Jugendliche als bisher seien wieder „politisch“. Doch äußert sich dieses steigende Interesse am politischen Geschehen auch in einer wachsenden politisch-gesellschaftlichen Beteiligung Jugendlicher?

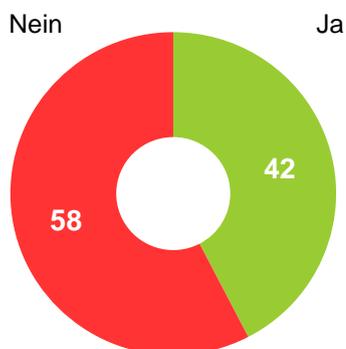
Datengrundlage

2.075 repräsentativ ausgewählte Jugendliche im Alter von 14 bis 29 Jahren wurden durch das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft in einer Online-Befragung (CAWI) zu ihrem politisch-gesellschaftlichen Engagement befragt. Zusätzlich wurden 20 leitfadengestützte, narrative Interviews geführt.

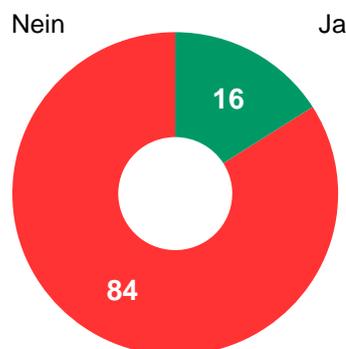
Ergebnisse

Um eine Aussage über das Ausmaß der politisch-gesellschaftlichen Beteiligung treffen zu können, wurde zwischen einer politisch-gesellschaftlichen Teilnahme im weiteren, sowie engeren Sinne unterschieden. Als ein politisches Engagement im engeren Sinne wurde definiert, wenn Jugendliche sich in besonderem Maße für Politik interessieren, diese als für sie wichtigen Lebensbereich erachten und ihr Engagement selbst unter ein politisches Vorzeichen stellen. Dem Engagement von Jugendlichen, die sich nicht unbedingt selbst als politisch interessiert bezeichnen, liegt oftmals ein weniger konventionelles Verständnis von Politik zugrunde. Diese Form des Engagements wurde im Rahmen der Studie als politisch-gesellschaftliche Teilnahme im weitesten Sinne definiert.

**Politisch-gesellschaftliche Teilnahme
im weitesten Sinne**



Politisches Engagement



Angaben in Prozent; Basis: n=2.075 Fälle

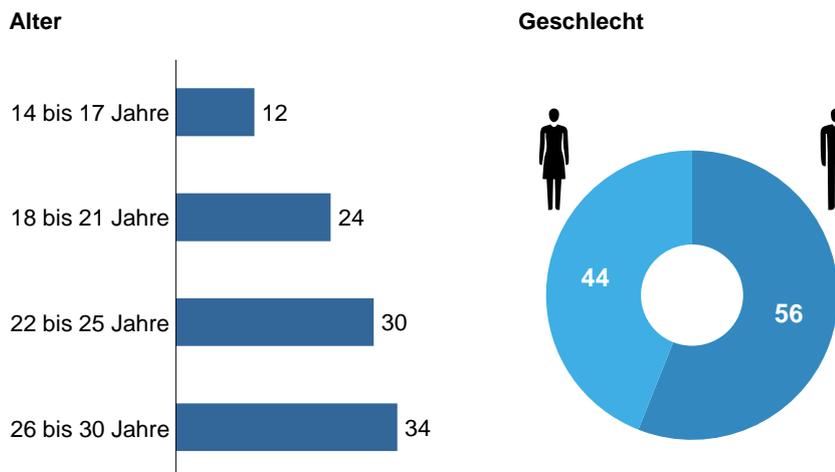
Quelle: FES/DJI/ infas Jugendstudie – Onlineerhebung Mai bis Juli 2015

infas

Damit engagieren sich lediglich 16 % der Jugendlichen in einem konventionelleren Sinne politisch, d.h. beteiligen sich mehrfach an unterschiedlichen Aktivitäten und stellen diese unter ein politisches Vorzeichen. 42 % der Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren beteiligen sich in einem weiteren Sinne politisch-gesellschaftlich.



Die Aussage „an Wahlen teilnehmen“ erreicht den höchsten Zustimmungswert unter Jugendlichen. Deutlich wird, dass verbindliche und konventionelle Handlungsformen wie ein politisches Amt zu übernehmen oder Mitglied einer Partei zu sein, für Jugendliche nicht attraktiv sind. Zeitlich befristete bzw. unkonventionellere Beteiligungsformen erreichen wesentlich höhere Zustimmungswerte.



Angaben in Prozent; Anteil: ja; Basis: n=879 Fälle, Jugendliche mit politisch- gesellschaftlicher Teilnahme

Quelle: FES/DJI/ infas Jugendstudie – Onlineerhebung Mai bis Juli 2015

infas

Mit steigendem Alter wächst die politisch-gesellschaftliche Teilhabe in einem weiteren Sinne. Jedoch beteiligen sich mehr Jungen (56 %) als Mädchen (44 %) politisch-gesellschaftlich. Im Hinblick auf ein Engagement in einem konventionelleren Sinne sind die Geschlechterunterschiede noch deutlicher: Unter den politisch engagierten Jugendlichen finden sich nur 28 % Mädchen.

Höchster allgemeiner Schulabschluss



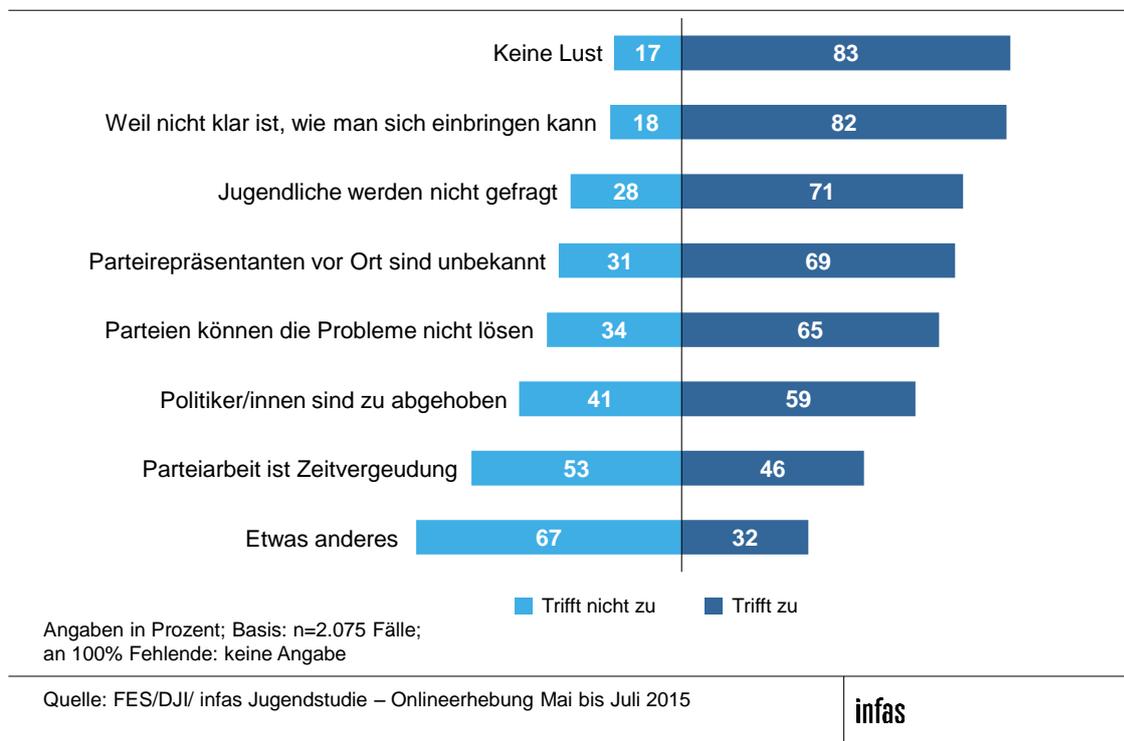
Angaben in Prozent;

Anteil: ja; an 100% Fehlende: keine Angabe; Basis: n=879 Fälle, Jugendliche mit politisch-gesellschaftlicher Teilnahme

Quelle: FES/DJI/ infas Jugendstudie – Onlineerhebung Mai bis Juli 2015

infas

Bei Jugendlichen mit einer niedrigeren Bildung ist die Chance für eine politisch-gesellschaftliche Teilnahme im weiteren Sinne um 38 % niedriger als für Jugendliche mit einer höheren Bildung.



Nur 3 % der Jugendlichen sind Mitglied einer politischen Partei. Vor allem Unlust und Unwissenheit darüber, wie sie sich in politischen Parteien einbringen können, stellen für Jugendliche Motive dar, sich nicht parteipolitisch zu engagieren.

Für politische Parteien werden somit drei wichtige Herausforderungen deutlich:

1. Es gilt, Problemlösungskompetenz für jugendrelevante Themen zu zeigen,
2. Sinn und Möglichkeiten parteibezogenen Engagements sichtbar werden zu lassen,
3. sowie junge Menschen stärker in Programmen und Entscheidungen öffentlich einzubeziehen.



Für Jugendliche ist es vor allem wichtig, sich nicht dauerhaft festlegen zu müssen: Am ehesten würden sie sich für Parteien interessieren, wenn es möglich wäre mitzuarbeiten, ohne direkt Mitglied zu werden. Zudem würden politische Parteien durch eine breitere Ausrichtung zur Basisdemokratie, sowie klare programmatische Aussagen attraktiver werden.

Die Mitgliederzahlen sind jedoch nicht nur bei politischen Parteien, sondern bei fast allen Organisationen rückläufig. Engagement findet heutzutage meist im lokalen Raum und im sozialen Nahbereich statt. Organisationen sollten sich gezielt für Gruppen öffnen, die bisher keinen Zugang zu politischer Partizipation gefunden haben. Dies sind vor allem Menschen mit geringen Ressourcen. Notwendig wäre, ihre Interessen, Lebenslagen und Bedürfnisse ernst zu nehmen, sie anzusprechen und ihnen Gestaltungsräume in den Organisationen zu ermöglichen. Partizipationsangebote sollten daher in verschiedener Hinsicht verankert werden: räumlich, strukturell, zeitlich, institutionell sowie sozial. (siehe dazu im Anhang W. Gaiser).

Qualitative Interviews

Eine Besonderheit des Forschungsdesigns bestand darin, dass zusätzlich zur Online-Befragung eine Gruppe von 20 Personen, die sich durch ein besonders hohes Maß an politischer Teilhabe auszeichneten, in vertiefenden, persönlich-mündlichen Interviews zu den Motiven für ihr Engagement befragt wurde.

Aus diesen Interviews ging hervor, dass weniger bestimmte (Vorbild-) Personen oder spezifische (historisch-politisch) Ereignisse, als die Sozialisation in Familien und Schulen den relevanten Ausgangspunkt des Engagements Jugendlicher darstellen. Mehr als die Hälfte der Personen sehen sich durch die Eltern zu politischem Engagement angeregt. Der Freundeskreis scheint in der Herausbildung politischen Engagements keine unterstützende Rolle zu spielen. Oftmals werden Freunde als unpolitischer oder sogar politisch desinteressiert beschrieben. Für die Aufrechterhaltung politischen Engagements scheint die Erfahrung von Interesse und Anerkennung für die eigene Tätigkeit durch Freunde und Bekannte jedoch sehr förderlich zu sein. Generell ist die soziale Anerkennung ihres Engagements für alle Befragten von hoher Bedeutung. Entsprechend schwer haben es Jugendliche, die in politik- und bildungsfernen Milieus aufwachsen.

Im Vergleich zu einer vertikal ausgerichteten repräsentativen Politik hat sich über soziale Bewegungen und bürgerschaftliche Initiativen ein horizontales Politikverständnis verbreitet. Eine Teilnehmerin beschreibt es plastisch als ‚in der Nähe ansetzend und darauf abzielend, die Welt in kleinen Schritten zu verändern‘. Für den Einzelnen sind diese Erfahrungen wichtiger geworden, angesichts der Erosion von Halt gebenden Milieus und Organisationen (siehe dazu im Anhang Prof. Achim Schröder).

ANHANG

Ergebnisse aus Sicht der Jugendforschung

1. Der Stellenwert von Politik für junge Frauen und Männer
Martina Gille
2. Politische Partizipation – Vielfalt und Intensität
Johann de Rijke
3. Partizipationswünsche junger Menschen... und wie man darauf reagieren könnte
Dr. Wolfgang Gaiser

Ergebnisse im Licht der Biografieforschung

1. Vertiefende Fallanalyse und Schlussfolgerungen
Prof. Dr. Achim Schröder

Ergebnisse aus Sicht der Jugendforschung

1. Der Stellenwert von Politik für junge Frauen und Männer

Martina Gille

Demokratische Gesellschaften sind auf die Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Insbesondere die jungen Menschen geraten als nachwachsende Generation dabei in den Blick. Junge Leute können sich aber nur dann politisch beteiligen, wenn sie sich über das politische Geschehen informieren, gewisse Sympathien und Präferenzen für bestimmte Parteien entwickeln und sich allgemein für Politik interessieren. Das politische Interesse wird dabei als wichtiger Indikator für die individuelle Aufmerksamkeit für gesellschaftliche Belange und als ein zentraler Aspekt von politischer Involvierung angesehen. Die persönliche Bedeutsamkeit von Politik für das eigene Leben, das subjektive Empfinden, politische Sachverhalte zu verstehen, die Häufigkeit politischer Gespräche sowie die regelmäßige Information über Politik stellen weitere Faktoren dar, die die Nähe junger Menschen zur Politik beschreiben. Die 14- bis 29-Jährigen, die der Politik gegenüber aufgeschlossen sind, weisen pauschale Vorurteile gegenüber der Politik als „schmutziges“ Geschäft zurück.

Nicht die Politik, sondern das Leben ist wichtig!

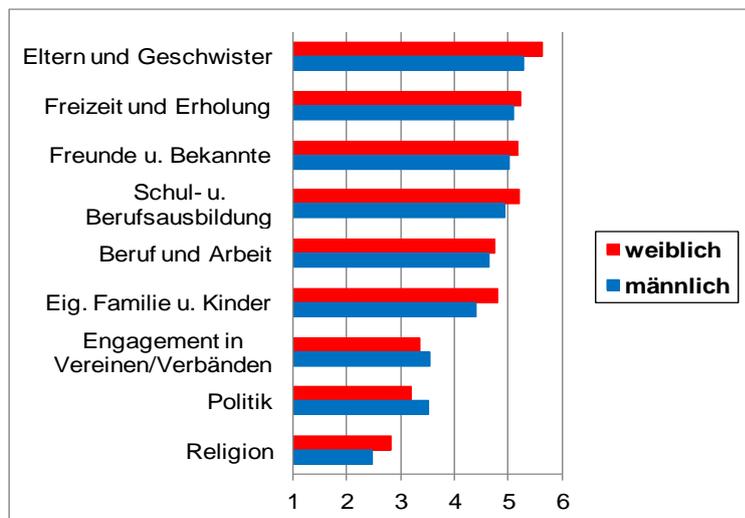


Abbildung: Wichtigkeit von Lebensbereichen* nach Geschlecht (Mittelwerte)

Quelle: FES Jugendstudie 2015, 14- bis 29-Jährige, N=2.065.

* Die Frage lautet: Bitte geben Sie zu den gelisteten Lebensbereichen an, wie wichtig diese für Sie persönlich sind. Antwortskala: 1 = "überhaupt nicht wichtig" bis 6 = "sehr wichtig".

Welche Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind an Politik besonders interessiert?

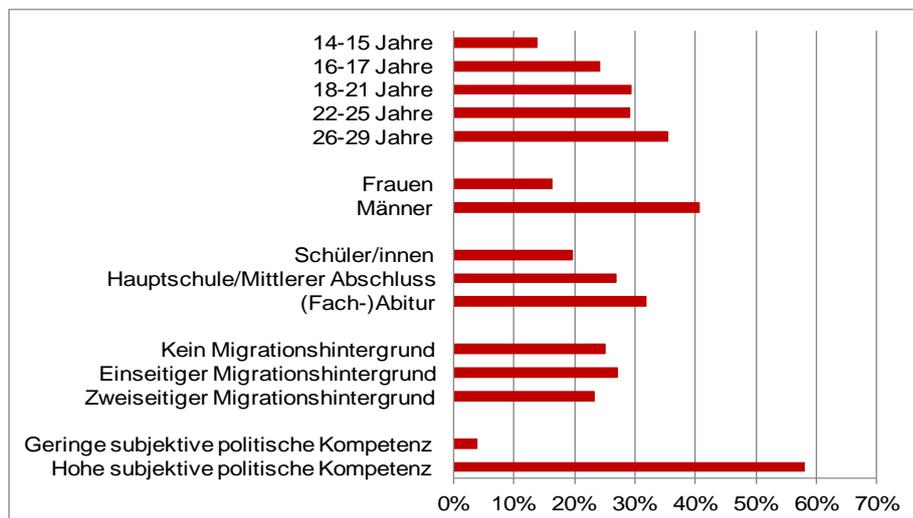


Abbildung: Politisches Interesse (sehr stark/stark) in %

Quelle: FES Jugendstudie 2015, 14- bis 29-Jährige, N=2.065.

* Die Frage lautet: Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Antwortkategorien: sehr stark, stark, mittel, wenig, überhaupt nicht. Für die Darstellung wurden die Kategorien "sehr stark" und "stark" zusammengefasst.

Diskussionen über Politik, Sich-Informieren über Politik

- **Politische Diskussionen:**
 - In der Familie: Vater ist häufiger Diskussionspartner als die Mutter (30% führen sehr oft/oft Gespräche mit dem Vater über Politik, 21% mit der Mutter);
 - In der Partnerschaft: Der Partner wird von den Frauen häufiger als Gesprächspartner genannt als umgekehrt die Partnerin von den Männern (32% versus 26%);
 - Mit Mutter, Vater, bestem Freund/bester Freundin, Freunden und Kollegen: Männer diskutieren in diesen Kreisen häufiger über Politik als junge Frauen (überdurchschnittlich häufig führen solche Gespräche 61% der jungen Männer und 43% der jungen Frauen).

- **Sich-Informieren über Politik:**
 - Über das Fernsehen, das Radio und Printmedien (Zeitungen/Magazine) (keine Geschlechterunterschiede; junge Migranten (zweiseitiger Migrationshintergrund) nutzen diese Medien deutlich weniger);
 - Über Online-Medien, Blogs/Newsletter und Soziale Netzwerke (überdurchschnittlich häufig nutzen diese Medien 55% der jungen Männer und 40% der jungen Frauen; junge Migranten (zweiseitiger Migrationshintergrund) nutzen diese Medien deutlich häufiger);
 - Über Angebote politischer Bildung (häufig: 4%/manchmal 35% der jungen Männer bzw. 2%/30% der jungen Frauen; keine Unterschiede nach Bildung und Migrationshintergrund).

2. Politische Partizipation – Vielfalt und Intensität

Johann de Rijke

Politische Partizipation wurde in der FES Jugendstudie 2015 hinsichtlich eines breiten Spektrums an Aktivitätsformen erfragt. Dabei wurden unterschiedliche Intensitätsgrade, von Bereitschaften bis zu mehrfachen Aktivitäten berücksichtigt. Für die weiteren Analysen wurden insbesondere die Angaben zu intensiver Betätigung herangezogen. Politisch aktiv ist hier, wer eine oder in der Regel mehrere Formen von Beteiligung „mehrfach“ ausgeübt hat, also nicht nur eine einmalige Tätigkeit ausführte oder nur eine Bereitschaft hierfür bekundet hat.

Für eine Differenzierung von politischer Partizipation kann man sich an theoretisch begründeten Typenbildungen orientieren. So lässt sich konventionelle (oder institutionelle) Partizipation von unkonventioneller (oder weniger institutionell gebundener) Partizipation unterscheiden. Konventionelle Beteiligung umfasst u.a. Mitarbeit in Parteien, Gewerkschaften oder Jugendorganisationen sowie die Übernahme eines politischen Amtes. (Das Wählen als zentrale demokratische Beteiligungsform wird hierbei nicht mit einbezogen, da dies einer gesonderten Betrachtung bedarf). Konventionelle Partizipation spielt insgesamt bei den Jugendlichen eine eher geringe Rolle und kommt als ausschließliche Beteiligungsform kaum vor. Wer also konventionell aktiv ist, nutzt zumeist auch unkonventionelle Formen von Partizipation. Unkonventionelle politische Partizipation umfasst in der Studie u.a. die Teilnahme an Demonstrationen, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die aktive Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, aber auch eine Reihe von internetbasierten Aktivitäten wie beispielsweise die Beteiligung an einer Online-Protestaktion oder sich im Internet aktiv an politischen Diskussionen beteiligen. Solche unkonventionellen Partizipationsformen weisen eine breite Akzeptanz auf, werden vielfältig genutzt, wobei Demonstrationsteilnahme und Beteiligung an einer Online-Protestaktion die am häufigsten genannten sind. Aktivitäten im Internet spielen dabei eine nicht unerhebliche Rolle. Wenn man solche Formen getrennt betrachtet, zeigt sich, dass sie zumeist mit anderen unkonventionellen Aktivitäten zusammen genutzt werden. Der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich über das Internet mobilisieren lassen, ist vergleichsweise gering. Man kann also auch hier von einer Erweiterung des Partizipationsrepertoires sprechen, nicht von einer Ablösung von älteren durch neuere Formen der Partizipation.

Eine weitere neue Form von politischer Aktivität wird als politischer Konsum bezeichnet, wenn man spezifische Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen boykottiert oder auch kauft. Dies wurde auch als „Politik im Supermarkt“ bezeichnet. Mittlerweile ist dies eine weit verbreitete Aktivität, die allerdings eher einen geringeren zeitlichen oder sozialen Einsatz erfordert als die Aktivitäten konventioneller oder unkonventioneller Art. Ein nicht unerheblicher Teil der befragten Jugendlichen nutzt dieses vornehmlich motivational begründete Engagement ausschließlich, also ohne anderweitige politische Beteiligung. Als mögliche Vorform für politische Mobilisierung kann eine genauere Betrachtung dennoch von Interesse sein.

Welche Bestimmungsfaktoren lassen sich aus den Daten für konventionelle und unkonventionelle Partizipation finden? Hierfür wurde ein Erklärungsmodell verwendet, welches Dimensionen bestimmt, in denen Antworten auf die Frage gegeben werden, warum Personen nicht partizipieren.

Drei Bereiche sind es:

- weil sie nicht können, also fehlende Ressourcen wie Zeit, Geld oder Kompetenzen oder behindernde gesellschaftliche Strukturen;
- weil sie nicht wollen, also fehlende Motivationen oder Einstellungen; und
- weil niemand sie aktiviert, also fehlendes Eingebundensein in soziale Netzwerke, die politisch mobilisieren könnten.

Zur Verdeutlichung werden für jeden Bereich jeweils zwei Faktoren aufgeführt. Zwischen den Geschlechtern sind nur geringe Unterschiede zu erkennen: männliche Jugendliche sind etwas mehr aktiv, bei konventioneller wie unkonventioneller Beteiligung. Der allgemeine Bildungsabschluss zeigt hingegen bei unkonventionellen Aktivitäten ein deutliches Bild: der Anteil aktiver junger Menschen mit erreichtem Abitur ist deutlich höher als der bei Abschlüssen unter dem Abitur. Bei konventioneller Partizipation ist kein derart deutliches Bild zu erkennen.

Betrachtet man Motivationsmerkmale, so findet man den plausiblen hohen Zusammenhang zwischen politischer Beteiligung und dem politischen Interesse bei beiden Typen. Inwieweit politische oder gesellschaftliche Wertvorstellungen mit solcher Beteiligung zusammenhängen, lässt sich etwa mit kritischen Wertorientierungen prüfen. Hier sieht man einen klaren Zusammenhang bei unkonventioneller Beteiligung: wer solche Werte von Kritik für wichtig hält, ist auch eher aktiv. Dies gilt allerdings nicht bei konventioneller Partizipation. Bezüglich dieses Merkmals findet man also unterschiedliche Ergebnisse bei den beiden Partizipationstypen.

Schließlich werden noch zwei Faktoren des Eingebundenseins in soziale Netze betrachtet. Eine Erwartung könnte sein, dass Aktivität ganz generell in Vereinen auch politisches Engagement stärkt. Diese Erwartung bestätigt sich anhand der Ergebnisse der FES Jugendstudie 2015 nicht. Bei konventioneller Aktivität ist nur ein geringer Zusammenhang in der erwähnten Erwartung zu erkennen, bei unkonventioneller ist er hingegen tendenziell sogar umgekehrt. Dagegen spielen Netze politisch aktiver Freunde eine wichtige Rolle bei beiden Typen politischer Partizipation. Nicht das Eingebundensein in soziale Netze an sich, sondern nur ein solches, welches schon mit politischen Interessen und Themen verbunden ist, kann politisches Engagement fördern.

3. Partizipationswünsche junger Menschen ... und wie man darauf reagieren könnte

Dr. Wolfgang Gaiser

Wie kann die politische Partizipation junger Menschen gefördert werden? Eine Reihe von Aspekten wurden in der FES Jugendstudie 2015 thematisiert. Sie wurden theoriegeleitet hinsichtlich dreier Einflussfaktoren analysiert: 1. Ressourcen, 2. Motivationen und 3. sozialen Netzen.

Die Befragten selber gaben auch viele Hinweise auf Engagementmotive. So stimmen etwa acht von zehn der Aussage zu „Wenn Dich etwas stört, musst Du versuchen, es zu ändern“ Dabei ist der Einsatz für globale Themen („Verbesserung der Welt“) am Wichtigsten, von mehr als der Hälfte wird auch die soziale Vernetzung der damit verbundene persönliche Gewinn als motivierend genannt. Zudem spielen positive Erfahrungen oder Erwartungen eine Rolle dahingehend, dass man politische Themen, Probleme und Ziele am besten mit Gleichgesinnten anpackt, dass man dabei etwas bewirken kann und dass das dann auch Spaß macht. Dies verweist auf die wichtige Rolle der Selbstwirksamkeitserfahrung und Anerkennung beim Engagement.

Motive für Engagement (in %)

	14- bis 29-Jährige	
	Zustimmung	wenig Zustimmung / Ablehnung
<i>Wenn Dich etwas stört, musst Du versuchen, es zu ändern.</i>	81	19
<i>Es ist wichtig, seinen Beitrag zur Verbesserung der Welt zu leisten.</i>	76	24
<i>Wenn man politisch aktiv ist, kann man interessante Menschen kennenlernen und Netzwerke knüpfen.</i>	58	42
<i>Von Engagement in der Politik kann man auch persönlich profitieren.</i>	58	42
<i>Politisch aktiv sein kostet zu viel Zeit.</i>	55	45
<i>Es macht Spaß, mit Gleichgesinnten politisch etwas zu bewegen.</i>	44	56
<i>Ich wäre politisch aktiver, wenn jemand mich direkt dazu auffordern würde.</i>	36	64

Quelle: FES Jugendstudie 2015

* Die Frage lautete: "Folgend finden Sie einige Aussagen über politische Aktivitäten. Bitte vermerken Sie zu jeder Aussage, inwieweit Sie zustimmen." Vorgaben: von 1 'lehne voll und ganz ab' zu 5 'stimme voll und ganz zu'. In der Tabelle: Zustimmung - Werte 4-5, wenig Zustimmung/Ablehnung - Werte 1-3.

Aus den Erwartungen, die junge Menschen an politische Parteien richten, damit diese attraktiver für ihre Beteiligung würden, sind drei wichtige Herausforderungen deutlich:

1. Es gilt, Problemlösungskompetenz für jugendrelevante Themen zu zeigen,
2. Sinn und Möglichkeiten parteibezogenen Engagements sichtbar werden zu lassen,
3. sowie junge Menschen stärker in Programmen und Entscheidungen öffentlich einzubeziehen.

Entsprechend lassen sich die Angaben der Jugendlichen in der FES- Jugendstudie 2015 zusammenfassen. So betont knapp die Hälfte, dass Parteien als Gelegenheitsstruktur politischer Beteiligung attraktiver wären, wenn Mitarbeit ohne Mitglied sein zu müssen (besser) möglich wäre. Für innerparteil-

che Demokratie wird eine stärkere und breitere Beteiligung aller Mitglieder empfohlen. Und auch der Vorschlag, für die junge Generation mehr Gestaltungschancen, Raum und Sichtbarkeit zu ermöglichen, spielt eine Rolle. Weiterhin werden auch eine klarere Programmatik sowie eine stärkere Möglichkeit themenbezogener Mitarbeit gewünscht. Seltener werden als wichtig Hinweise auf die Vorteile von Amtsübernahme oder Quotenregelungen angesehen.

Möglichkeiten der Erhöhung von Aktivität in Parteien (in %)

<i>E Mitarbeit ohne Mitglied sein zu müssen</i>	46
<i>A mehr Demokratie von unten/mehr Fragen durch alle Mitglieder entscheiden lassen</i>	41
<i>H mehr junge Leute sollten sichtbar sein</i>	41
<i>J Klarere programmatische Aussagen</i>	35
<i>D mehr themenbezogene Mitarbeit</i>	26
<i>C Freizeitaktivitäten wie z.B. politische Jugendcamps</i>	25
<i>I kurzfristige Mitmachangebote bei politischen Aktionen</i>	25
<i>F Zusätzliche Schulungs- und Bildungsangebote</i>	23
<i>K Politische Ämter bewerben und Vorteile der Mitarbeit betonen</i>	14
<i>G feste Quoten für junge Menschen bei der Verteilung der Ämter</i>	12

Quelle: FES Jugendstudie 2015

* Die Frage lautete: "Was könnten Parteien tun, um attraktiver für junge Menschen zu werden?" Bitte wählen Sie die 3 Möglichkeiten, die Sie am geeignetsten fänden. Mehrfachantwortenprozente.

Über diese Aspekte hinaus lassen sich einige grundsätzliche, generelle und aktuelle Aspekte festhalten:

Bei fast allen Organisationen sind die Mitgliederzahlen rückläufig u.a. weil die Bindung der Mitglieder nachlässt und das Angebot an sonstigen Möglichkeiten der Beteiligung (Internet, Social-Media-Kanäle) gewachsen ist. Engagement findet meist im lokalen Raum und im sozialen Nahbereich statt. Organisationen sollten sich außerdem auch gezielt für Gruppen öffnen die bisher keinen Zugang zu politischer Partizipation gefunden haben. Dies sind vor allem Menschen mit geringen Ressourcen. Notwendig wäre, ihre Interessen, Lebenslagen und Bedürfnisse ernst zu nehmen, sie anzusprechen und ihnen Gestaltungsräume in den Organisationen zu ermöglichen. Partizipationsangebote sollten daher in verschiedener Hinsicht verankert werden: räumlich, strukturell, zeitlich, institutionell sowie sozial. Damit wäre (möglicherweise), unter Beachtung auch der zuvor skizzierten Vorstellungen der Jugendlichen selbst, eine Stärkung des politischen Engagements erreichbar.

Ergebnisse im Licht der Biografieforschung

1. Vertiefende Fallanalyse und Schlussfolgerungen

Prof. Dr. Achim Schröder

I. Zur Einordnung der qualitativen Daten

- Knapp die Hälfte der 20 Interviewten sind in einer Partei aktiv oder können sich das zukünftig vorstellen
- 14 von 20 sehen sich als über die Eltern angeregt zu politischem Engagement
- Bei 7 Personen waren engagierte Lehrer einflussreich
- Bedeutsame Ereignisse in der Biografie werden 4 Mal als einflussreich genannt

II. Portrait von Melanie auf der Basis einer Tiefenauswertung

22 Jahre, Realschulabschluss, Ausbildung zur Buchhändlerin, zur Zeit des Interviews Minijob, gläubige Muslimin, Vater aus Palästina, Mutter aus Frankreich, in Deutschland geboren, in toleranter und engagierter Familie aufgewachsen, engagiert sich für Unterschriftensammlungen und politische Aufklärung, hat kleine Initiative für mehr Toleranz in Manga-Szene gegründet.

III. Schlussfolgerungen aus drei Tiefenauswertungen

- Familie: Während Tobias seine politische Sozialisation erst jenseits der Familie erfahren hat und sich schnell einer Partei anschließt, wurden Melanie und Walter in der Familie politisch sozialisiert und lassen sich mit einer politischen Einbindung eher Zeit.
- Freunde: Trotz sehr unterschiedlicher Lebensverläufe beschreiben die drei Personen, deren Interviews vertieft ausgewertet wurden, ihre Freunde unpolitischer als sich selbst. Die Freunde sind – politisch – offenbar kein unterstützendes Potential.
- Intersubjektive Einbindung: Alle beschreiben die personale Bedeutung des „Anderen“ für die Herausbildung ihres Engagements. Die intersubjektiven Kontexte für die Herausbildung einer reflektierenden Urteilskraft sind mehr in den Blick zu nehmen.
- Soziale Anerkennung: Für alle ist die soziale Anerkennung ihres Engagements von hoher Bedeutung. Entsprechend schwer haben es Jugendliche, die in politik- und bildungsfernen Milieus aufwachsen.
- Horizontales Politikverständnis: Im Vergleich zu einer vertikal ausgerichteten repräsentativen Politik hat sich über soziale Bewegungen und bürgerschaftliche Initiativen ein horizontales Politikverständnis verbreitet. Melanie beschreibt es plastisch als in der Nähe ansetzend und darauf abzielend, die Welt in kleinen Schritten zu verändern.
- Selbstwirksamkeitserfahrung: Für die Subjekte sind diese Erfahrungen wichtiger geworden angesichts der Erosion von halt gebenden Milieus und Organisationen sowie der Verantwortungsübertragung auf die Subjekte.